



Berlin-Brief Nr. 355

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic MdB

12. April 2024



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

würden Sie dem zustimmen: Politik soll das Leben *leichter* machen?

Genau dafür setzen wir uns ein. In allen Regionen Deutschlands soll es eine gute

öffentliche Daseinsvorsorge geben. Was heißt das? Eine gute Gesundheitsversorgung, gute Pflege, ein flächendeckender ÖPNV und bezahlbare Mieten, gute Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, aber auch vielfältige Freizeit- und Kulturangebote.

Wir machen Politik für die Fleißigen. Es geht uns um die, die arbeiten gehen und unser Land am Laufen halten. Es geht uns um Familien und diejenigen, die sich um Erziehung und Pflege kümmern oder sich ehrenamtlich engagieren. Und es geht uns um diejenigen, die nach einem Leben voller Arbeit ihren verdienten Ruhestand genießen. All diesen Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft wollen wir im Alltag besser unterstützen und ihnen das Leben leichter machen.

Dazu gehört ein einfacher, unbürokratischer Zugang zu Verwaltungsleistungen, öffentlichen Dienstleistungen und sozialen Leistungen. Alle öffentlichen Angebote müssen wohnortnah, barrierefrei und wenn möglich digital erreichbar sein. Alle Menschen, die ein Recht auf Unterstützung haben, sollen diese einfach und unbürokratisch erhalten.

Am nächsten Dienstag komme ich dazu in Neckarsulm mit einem Infostand auf dem Marktplatz ins Gespräch: **Das Leben leichter machen – was braucht es dafür?** Kommen Sie gerne vorbei und teilen Sie mir Ihre Gedanken mit. Falls Sie verhindert sind und dennoch gerne ins Gespräch kommen möchten, melden Sie sich gerne jederzeit unter josp.juratovic.wk@bundestag.de und wir finden eine Gelegenheit. Die Anregungen und Ideen werden wir auswerten und in unser Arbeitsprogramm einfließen lassen.

Ein Ziel sozialdemokratischer Politik ist immer schon **Bildungsgerechtigkeit** gewesen. In dieser Woche beraten wir einen Antrag der Ampelfraktionen zum Startchancen-Programm, das mit 20 Milliarden Euro das größte Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik ist. Es geht im August dieses Jahres an den Start und soll mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen. In kaum einem Land hängt der Bildungserfolg so sehr vom Elternhaus ab wie in Deutschland. Das ist nicht fair. Wir wollen, dass jedes Kind die gleichen Chancen auf gute Bildung und ein besseres Leben hat. Daher brauchen gerade Schulen in angespannten sozialen Lagen mit einer hohen Zahl von armutsgefährdeten Kindern mehr Unterstützung. In den nächsten zehn Jahren investieren Bund und Länder jeweils zehn Milliarden in Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Rund eine Million Schüler*innen erreichen wir so – vor allem in Grundschulen, aber auch in weiterführenden Schulen. Besonders Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen sollen gefördert und verbessert werden. So sorgen wir für mehr soziale Gerechtigkeit in der Bildungspolitik. Nun kommt es darauf an, das Programm gemeinsam mit den Ländern zügig umzusetzen.

In dieser Woche beraten wir ebenfalls Vorhaben, die wichtig für eine **fortschrittliche Gesellschaftspolitik** sind. Das Motto der Ampelkoalition lautet „Mehr Fortschritt wagen“ – genau das tun wir. In dieser Woche zum Beispiel beraten wir in erster Lesung über einen neuen Gesetzentwurf, der Gehsteigbelästigungen als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld von bis zu 5.000 Euro sanktioniert. Damit stärken wir die Selbstbestimmung von Frauen. In anderen politischen Konstellationen wären diese Vorhaben so nicht möglich.

Wir kämpfen für mehr Tariflöhne!

Das Tarifvertragsgesetz trat 1949 in Kraft und legt die Rahmenbedingungen für Tarifverhandlungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften fest. Seitdem sorgen Tarifverträge für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

Seit Jahrzehnten ist die Tarifbindung allerdings rückläufig. Nur noch rund die Hälfte der Beschäftigten arbeitet in tarifgebundenen Arbeitsverhältnissen. Das ist uns deutlich zu wenig! Deshalb werden wir ein Tarifstärkungsgesetz auf den Weg bringen. Durch eine darin enthaltende Tariftreueregelung wollen wir sicherstellen, dass Aufträge des Bundes künftig nur noch an Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten

nach Tarif bezahlen.

Nächste Woche darf ich als Podiumsgast zu rechtsextremen Einstellungen in unserer Gesellschaft sprechen – am Donnerstag um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus in Heilbronn. Die Einladung finden Sie angehängt – kommen Sie gerne vorbei, ich freue mich auf neue und bekannte Gesichter!

Und: allen Muslim*innen wünsche ich ein gesegnetes Zuckerfest im Kreise ihrer Familien. Ich freue mich auf all die Begegnungen im Wahlkreis!

Ihr/ Euer



Termine

**13.
APR**

33-jähriges Jubiläum Islamische Gemeinschaft der Bosniaken
Heilbronn-Biberach

**16.
APR**

Infostand: mobile Sprechstunde
Neckarsulm Marktplatz

**16.
APR**

IG-Metall Senioren
Neckarsulm

**18.
APR**

Podiumsdiskussion: Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft
DGB-Haus Heilbronn

**19.
APR**

VDK Gundelsheim Jahreshauptversammlung
Gundelsheim-Höchstberg

**22.-
28.
APR**

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag
Berlin, Bundestag

Bild der Woche



"Böttinger BPA-Fahrt könnte man meinen: Diese Woche hatte ich eine besondere Besuchergruppe zu Gast in Berlin. Toll, dass Ihr dabei wart! Die BPA-Fahrt ermöglicht es, hautnah Politik in der Hauptstadt zu erleben."



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten?

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.